

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

21.12.1929 (No. 298)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe, Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einb. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenschein gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhaltung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anker keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshefte, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Staatsaufsicht für die Reichshauptstadt Ein Tilgungsfonds auch für Berlin

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung teilte Bürgermeister Scholz mit, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg ihm ein Schreiben überhandt habe, in dem die Übernahme neuer Aufgaben bis zur Regulierung der kurzfristigen Verschuldung der Stadt, die, wie der Bürgermeister mitteilt, auf 400 Millionen angelaufen sei, unterlagert wird. Überschüsse aus den Tarifserhöhungen und etwaige Steuererhöhungen seien in einem besonderen Tilgungsfonds bei der preussischen Staatsbank bis zum Betrage von 5 Millionen Reichsmark einzuzahlen. Die Entscheidung darüber, welche Mittel aus den darüber hinausgehenden Überschüssen zur Durchführung notwendiger beginnender Bauten freigegeben seien, sowie die erforderliche Überwachung des Finanzgebarens der Stadt Berlin sowohl der Zentral- wie der Bezirksverwaltung überträgt der Oberpräsident dem Bürgermeister Scholz und macht ihm diese zur besonderen Pflicht. Er muß fortlaufend Bericht unter Darlegung des Haushalts und der Kassenlage machen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hatte, wie gemeldet, am Donnerstag beschlossen, den Erwerbslosen eine Weihnachtshilfe in Höhe von etwas über 6 Millionen Reichsmark zu gewähren. Dieser Beschluß wurde gefaßt, obgleich der Stadtverordnetenversammlung bekannt war, daß die Stadt über diese 6 Millionen Reichsmark nicht verfügt. Heute muß der Berliner Magistrat zu dem Beschluß Stellung nehmen. Der Oberpräsident hat bereits erklärt, daß er einen solchen Beschluß des Magistrats beanstanden würde. Feststeht also, daß die Erwerbslosen ihre Weihnachtshilfe nicht bekommen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm einen kommunistischen Antrag, der gegen die Tarifserhöhungen protestiert und Ermäßigung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise für Kleinverbraucher um 25 Proz., unentgeltliche Abgabe an Erwerbslose und Unterhaltungsempfänger, einen Einheitspreis von 15 Pf. für sämtliche Verkehrsmittel, Arbeiterwochenarten zum Preise von 1,20 RM und unentgeltliche Beförderung der Erwerbslosen vom und zum Arbeitsort und bei der Arbeitsruhe verlangt, mit 65 gegen 62 Stimmen an. Angenommen wurde auch mit großer Mehrheit ein sozialdemokratischer Antrag, der die Tarifserhöhung durch den Magistrat ohne Anhörung der Stadtverordneten mißbilligt und rückgängig gemacht sehen will. Einstimmig gelangte die Forderung des Zentrums zur Annahme, einen Zögling der Ausschüsse zu wählen, der sofort zusammentreten und die Gesamtfinanzlage der Stadt nachprüfen und auch Stellung zu den Tarifserhöhungen nehmen soll.

Beamte und Reichsbahngesetz

Im Beamtenausschuß des Reichstages wurde am Donnerstag eine von allen im Ausschuß vertretenen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachte Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, bei der bevorstehenden Änderung der Reichsbahngesetze darauf hinzuwirken,

1. die Reichsbahnbeamten in ihren Rechts-, Dienst- und Besoldungsverhältnissen jenen der Reichsbeamten gleichzustellen;
2. Streitfragen beamtenrechtlicher Art durch die Reichsregierung entscheiden zu lassen;
3. die Zahl der leitenden Beamten bei der Reichsbahn auf die Vorstandsmitglieder zu beschränken;
4. das System der Leistungszulagen zu beseitigen;
5. die Vorschriften der Gewerbeordnung in vollem Umfange auf die Reichsbahn und ihre Betriebe anzuwenden;
6. den Einfluß der Reichsregierung auf die Reichsbahn zu verstärken.

Die Entschließung nahm auch das Plenum des Reichstags an.

Dr. Scharnagl Oberbürgermeister von München

Bei der Neuwahl des ersten Bürgermeisters in München, die Freitag nachmittag unter außerordentlichem Andrang des Publikums erfolgte, verlief der erste Wahlgang ergebnislos, da keiner der aufgestellten Kandidaten die absolute Mehrheit erhielt. Im zweiten Wahlgang wurde Oberbürgermeister Dr. Scharnagl (Bayerische Volkspartei) mit 23 gegen 17 Stimmen, die auf Altbürgermeister Schmid (Soz.) entfielen, wiedergewählt. Vor Eintritt in den eigentlichen Wahlgang wurde ein Antrag der Nationalsozialisten, einen berufsmäßigen ersten Bürgermeister zu wählen, abgelehnt; es bleibt also bei dem bisherigen politischen ersten Bürgermeister.

Der neue Oberbürgermeister von Wuppertal. In der Stadtverordnetenversammlung in Warmen-Ebersfeld wurde der bisherige Oberbürgermeister von Warmen, Dr. Hartmann, zum Oberbürgermeister der neuen vereinigten Wuppertal gewählt.

Sitzung über die thüringische Regierungsbildung

Am Freitag traten in Weimar die fünf über die Regierungsbildung verhandelnden Parteien (Landvolk, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale) zusammen. Nach der Sitzung wurde eine Erklärung ausgegeben, in der es heißt, daß die Parteien sich auf eine Regierung einigen würden, deren Zusammenfügung Gewähr dafür bietet, daß sie auf fester Grundlage ruhe. Der Landtag werde am 7. Januar zusammentreten.

Es verlannt, daß Landvolkpartei, Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten die Minister stellen wollen, während die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen Staatsräte in die Regierung entsenden werden.

Letzte Nachrichten

Die Haager Verhandlungen und der Reichstag

Nächste Reichstagsitzung am 21. Januar

RD. Berlin, 21. Dez. (Tel.). Nach einem Beschluß des Aussenrat des Reichstags wird der Reichstagspräsident ermächtigt, die nächste Reichstagsitzung im Januar zu berufen, sobald die auf Grund der Haager Beschlüsse zu erlassenden Gesetze für den Reichstag verhandlungsfähig sein werden. Es wird angenommen, daß dies nicht vor dem 21. Januar der Fall sein wird.

Die für die heutige Samstagnacht geplante Reichstagsitzung wird erst um 12.15 Uhr eröffnet, damit schon in der ersten Viertelstunde des neuen Tages die Abgeordneten von ihrem Wahrsitz zum Volksentscheid Gebrauch machen können. Zu diesem Zweck wird in der Nähe des Reichstages in der Nacht von 12—1 Uhr ein besonderes Wahllokal zur Verfügung stehen.

Der Kredit für das Reich perfekt

Der Tilgungsplan

pr. Berlin, 21. Dez. (Tel.) Die „D. A. Z.“ meldet: Am Freitag ist in der bis in die Nachmittagsstunden dauernden Bankensitzung bei der Reichsbank der über den Tilgungskredit für das Reich perfekt geworden. Es handelt sich um einen Betrag von fast 400 Millionen Reichsmark, die unter Führung der Reichsbank in Deutschland von den deutschen Banken allein aufgebracht und dem Reich zur Verfügung gestellt werden. Dadurch wird das Reich in den Stand gesetzt, alle Zahlungen, zu denen es verpflichtet ist, zu leisten. Somit besteht, wie die Blätter schreiben, kein Grund zu irgendwelcher Beunruhigung. Insbesondere werde es möglich sein, die Beamtengehälter pünktlich zu zahlen.

Nach dem neuen Kreditplan soll das Reich das Geld von den deutschen Banken erhalten und diesen Betrag in sieben gleichen Monatsraten vom April bis zum Oktober des nächsten Jahres tilgen. Dieser Tilgungsplan würde ungefähr mit der Konstitution des Gesetzes über den Tilgungsfonds korrespondieren, der heute vom Reichstag verabschiedet werden soll. Danach sollen bis zum 31. März 1931 450 Millionen schwebende Schulden durch planmäßige Speisung des Tilgungsfonds abgedeckt werden. Der Fonds würde also bei regelmäßiger Speisung bis zum Oktober etwa 300 Millionen betragen. Da bis dahin voraussichtlich auch ein größerer Betrag aus der Zinsholzanleihe eingegangen sein wird, wäre das Reich bei entsprechender Etatgestaltung und sparsamer Kassenführung wohl in der Lage, die Tilgungspflicht in dem angegebenen Umfang auf sich zu nehmen. Voraussetzung ist allerdings, daß auf der Einnahmeseite wie auf der Ausgabe Seite Garantien für die Ansammlung des Tilgungsfonds geschaffen werden.

Rücktrittsgesuch des Staatssekretärs Dr. Popitz

Berlin, 21. Dez. (Tel.). Nach Mitteilungen von unrichtiger Seite bestätigt es sich, daß der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Prof. Dr. Popitz, sein Rücktrittsgesuch eingereicht hat. Die Entscheidung dürfte nicht vor Montag fallen. Das Rücktrittsgesuch wird mit einem Schreiben in Verbindung gebracht, das der Staatssekretär an die Länderregierungen gerichtet hat, und in dem er davon Mitteilung macht, daß die Reichsregierung die fälligen Überweisungsgebühren aller Vorausfrist nach nicht in voller Höhe werde auszahlen können.

Frankreich für früheren Beginn der Haager Konferenz

RD. Paris, 21. Dez. (Tel.) Nach dem „Petit Journal“ hat die französische Regierung an den Vorsitzenden der Haager Konferenz, Premierminister Kaspar, telegraphisch das Ersuchen gerichtet, wenn irgend möglich, den Beginn der zweiten Haager Konferenz auf den 2. Januar anzusetzen.

Das 50jährige Priesterjubiläum des Papstes

RD. Rom, 21. Dez. (Tel.) An seinem heutigen 50jährigen Priesterjubiläum wird Papst Pius XI. im Vatikan um 9.30 Uhr eine Messe zelebrieren, an der der päpstliche Hofstaat, die Kardinäle, Bischöfe, Prälaten und das Diplomatische Corps teilnehmen werden.

Der frühere Reichsfinanzminister von Schlieben, jetzt Präsident des Landesfinanzamts Magdeburg, will, nach einer Meldung des „B. Z.“, zur Industrie gehen.

Verbot des „Wernow“ in Hamburg. Auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Verlaßes Friedensvertrages wurde die Organisation „Wernow“ durch eine Verfügung des Senates im Staatsgebiet Hamburg verboten.

Noch keine Anlage wegen des Falles „Falle“. Zu den Meldungen über ein Verfahren wegen Menschenraubes gegen die beiden Inhaber der Reederei Prenzlau und dem Kapitän des Dampfers „Falle“ wird jetzt mitgeteilt, daß die Angelegenheit sich noch im Stadium der Voruntersuchung befindet. Ob und in welcher Form Anlage gegen die Inhaber der Firma Prenzlau erhoben werden wird, steht noch nicht fest.

*Zur innerpolitischen Lage Volksentscheid

Noch immer scheint ein großer Teil unseres Volkes und leider auch ein erheblicher Teil der politisch tätigen Staatsbürger den Ernst der Situation nicht ganz begriffen zu haben. Sonst würde der Versuch, den Reichsbankpräsidenten für etwas verantwortlich zu machen, was er gar nicht verschuldet hat, unterblieben sein. Solche Anschuldigungen lenken nur zu sehr von den Tatsachen und ihrer richtigen Bewertung ab und sind deshalb bitter zu beklagen.

Welches sind die Tatsachen? Unser Reichshaushalt ist aus diesen und jenen Gründen seit Jahren in Unordnung, die Kassen Schwierigkeiten des Reiches haben seit Ende 1928 eine Form angenommen, die immer mehr und mehr die Autorität der Reichsregierung, d. h. in diesem Falle der Reichsfinanzverwaltung, schwächen muß. Auch jetzt wieder können die Verpflichtungen zum Jahresende nur durch ein Darlehen befriedigt werden.

Schon die Zinsholzanleihe, die der Flottmachung der Reichskasse dienen soll, hatte schwere Bedenken hervorgezogen. Jetzt kam es darauf an, mit dieser Anleihe als Rückhalt einen kurzfristigen Kredit zu beschaffen, der die Auszahlung der in den nächsten Tagen fälligen Bannrenten — es sind 450 Millionen Reichsmark — ermöglicht. Zu diesem Zwecke verhandelte man mit einer amerikanischen Bankengruppe, und das Geschäft wäre zustande gekommen, wenn nicht im letzten Augenblick der Reparationsagent und Frankreich aus reparationspolitischen Beweggründen Einspruch dagegen erhoben hätten.

Das Reichsaussenministerium ist durch diesen Einspruch überrascht worden. Es hat offenbar angenommen, daß das Reichsfinanzministerium sich vorher vergewissert habe, ob irgendwelche Proteste von Seiten der Reparationsgläubiger zu erwarten seien. Und nun ist der Protest da. Der Reparationsagent befürchtet, daß die Reparationsbonds auf dem internationalen Markt nicht untergebracht werden können, wenn vorher das Reich 450 Millionen Reichsmark aus dem Ausland bezieht.

Schon vorher hatte der Reichsbankpräsident auf den Ernst der Lage hingewiesen und vom währungspolitischen Standpunkt aus ganz bestimmte Garantien gefordert. Es ist bis jetzt nie recht klar geworden, ob ihm die gebotenen Sicherheiten (das sogenannte Sofortprogramm und Bestimmungen kontrollierender Art) genügt oder nicht. Innerlich hat Schacht diese Sicherheiten wohl nicht als ausreichend betrachtet, zumal ihm die Ausgabewirtschaft im Reich wenig verheißungsvoll vorgekommen sein dürfte. Aber um die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, hat er sich mit dem Gebotenen begnügt. Daß der Reparationsagent dann dazwischengeschoben ist, dafür kann man Herrn Schacht wohl kaum verantwortlich machen.

Die ganze Kampagne gegen ihn ist auch deshalb unnachvollziehbar, weil sich ja nun doch die Reichsregierung und das Parlament an ihn wenden mußten, um, nachdem das Geschäft mit der amerikanischen Bankengruppe durch den Einspruch des Reparationsagenten hinfällig geworden war, die nötigen Mittel herinzubringen. Herr Schacht hat sich bereit erklärt, einzuspringen. Daß er dabei ganz bestimmte Sicherheiten verlangte, wird jeder Geschäftsmann verstehen. Er wünscht, daß die vorzustellende Summe durch das Reich unter Benutzung eines Tilgungsfonds bis zum Ende des nächsten Jahres abgezahlt werde. Die Anlage dieses Tilgungsfonds wird womöglich die Steuerentfaltungen, die schon ab 1. April in Kraft treten sollten, bis zum 1. Oktober nächsten Jahres hinauszögern. Das wäre natürlich eine sehr unerwünschte Folge. Aber das Wichtigste ist im Augenblick ja in der Tat die Reorganisation des Reichshaushalts selbst.

Neue Steuern und Streichungen bei den Ausgaben des Reiches — auch solche hat Schacht verlangt — werden in erster Linie dazu dienen müssen, um den Etat wieder in Ordnung zu bringen. Daß diese Aufgabe die vorrangigste ist, haben mit besonderem Nachdruck sozialdemokratische Blätter betont. Schacht hat eigentlich im Effekt diese Anschauungen unterstützt und gefördert. Und es ist schade, daß er trotzdem von den Blättern der Sozialdemokratie weiter angegriffen wird.

Selbstverständlich müssen die Steuerentfaltungen kommen. Die Wirtschaft muß von jenen Lasten befreit werden, die je länger je mehr die Prosperität in Frage stellen, einen Konkurs nach dem andern bedingen und die Arbeitslosigkeit ins Gigantische steigern. Es kann sich bei den Steuerentfaltungen nur um solche Steuern han-

deln, welche die Wirtschaft belasten und beengen. Die Wirtschaft stellt die große Klasse dar, aus welcher die Löhne und die Gehälter und die Steuern geschöpft werden. Sie ist die Kuh, die gemolkt werden muß, wenn man das nötige Quantum Milch haben will. Und wenn diese Kuh nicht gedeiht, dann gibt es keine Milch mehr, und Glend und Hunger sind die Folgen. Es ist in der Praxis besser, ein verhältnismäßig geringes Einkommen zu haben, als arbeitslos auf der Straße zu liegen und eine Unterstützung anzunehmen, die für den ehrlichen Empfänger doch nur unzureichend sein kann, in der Summe aber eine sehr drückende Belastung der Wirtschaft bedeutet.

Die großen Tatsachen, die wir zu beachten haben, sind also folgende: Anordnung und Defizit in der Reichsfinanzverwaltung und Wirtschaftskrisis mit einer geradezu erschreckend hohen Ziffer von Arbeitslosen, Sinken der Steuererträge und Sinken der Kaufkraft im Innern. Die Aufgabe ist die, hier Wandel zu schaffen. Mit agitatorischen Wendungen wird das nicht möglich sein. Entschlossene Männer gehören dazu.

Wohin es bei einer leichtfertigen Finanzwirtschaft kommen kann, zeigt uns jetzt das Beispiel der Reichshauptstadt Berlin, die gestern durch Entscheidung des Oberpräsidenten unter Finanzaufsicht gestellt ist. Wir wollen nur hoffen, daß recht viele Berliner das Schmachvolle dieses Vorganges empfinden. Die Stadt Berlin steckt in Schulden von einer Höhe, die es dem Reichsbankpräsidenten geraten erscheinen ließ, gegen weitere Anleihen im Ausland Einspruch zu erheben. Die Kassen sind leer, und die Untersuchung des Sklarek-Skandals entthüllt — von Betrügereien und Pflichtvergessenheiten ganz abgesehen — eine Unfähigkeit in der Beforgung anvertrauter Geschäfte, die Entsetzen erregen muß. Dennoch hat die Stadtverwaltung beschloffen, 6 Millionen Reichsmark zur Unterstützung der Erwerbslosen auszugeben. Jedem mitleidenden Menschen wäre es am liebsten, wenn man den Erwerbslosen die zehnfache Summe geben könnte. Aber wenn man selbst nichts hat und in der Kritik steckt, kann man anderen nichts geben. Die Bewilligung dieser 6 Millionen Reichsmark hat denn auch dem Faß den Boden ausgeglichen und den Oberpräsidenten auf den Plan gerufen.

Man muß sich vollkommen darüber klar sein, daß nur derjenige, der seine eigenen Finanzen in Ordnung hält, um eine entwürdigende Kontrolle herumkommt. Sind die Finanzen nicht in Ordnung, muß geborgt werden, dann werden sich Schutzmaßnahmen im Interesse der Gläubiger nie vermeiden lassen. Es wäre aber kindisch, diese Gläubiger oder die amtlich zur Kontrolle bestimmten Personen als Tyrannen und Autokraten hinzustellen. Der Oberpräsident hat so handeln müssen, wie er gehandelt hat. Und wahrscheinlich gilt das gleiche für den Reichsbankpräsidenten.

Nun noch ein kurzes Wort zum morgigen Volkentscheid! Würde dieser Volkentscheid Forderungen enthalten, die sich auf der Linie der hier besprochenen Erkenntnisse bewegen, dann könnte man sicher sein, daß er angenommen würde. Der Volkentscheid der Herren Hugenberg, Giller und Sedlitz aber betrifft eine außenpolitische Angelegenheit und umfaßt einen Gesetzentwurf, der, wenn er wirklich angenommen werden würde, die augenblicklich kritische Lage sofort zur Katastrophe steigern würde. Und schon allein deshalb hat jeder vernünftige Staatsbürger, der noch an die Gesundung im Innern glaubt und eine Katastrophopolitik ablehnt, morgen dem Volkentscheid fernzubleiben. Angenommen wird er ja unter keinen Umständen werden. Aber alles muß daran gesetzt werden, daß die Zahl derer, die dafür stimmen, so gering als möglich bleibt und noch unter die bei dem Volksbegehren erreichte Zahl herabsinkt.

Die Freitagssitzungen des Reichstags

Krise wegen des Gerstenzolls — Die Tabaksteuer in der Ausschussfassung angenommen — Heute Nachmittags

Im Reichstag kam am Freitag, wie gemeldet, die Zolltarifnovelle zur dritten Beratung. Nach kurzer Aussprache wurden die einzelnen Artikel des Gesetzes in der Ausschussfassung angenommen.

Eine Überraschung gab es jedoch, als ein Antrag der Bauernparteien auf Erhöhung des Zolls für Futtermittel mit knapper Mehrheit (183 gegen 177 Stimmen) angenommen wurde, weil auch die Bayerische Volkspartei und Mitglieder anderer Regierungsparteien dafür gestimmt hatten. Auf Antrag der Sozialdemokraten, die in diesem Beschluß einen Bruch der interfraktionellen Besprechungen sahen, wurde die Schlußabstimmung über die Zolltarifnovelle auf heute, Samstag, vertagt.

Inzwischen wurden zwischen den Regierungsparteien über die Wiederherstellung der Ausschussvorlage verhandelt. Die Abstimmung über den höheren Zoll für Futtermittel muß gegen den heutigen Samstag wiederholt werden, weil gegen den Antrag noch nicht gedruckt vorlag. Für den Fall, daß auch heute sich eine Mehrheit für den erhöhten Zoll findet, drohen die Sozialdemokraten und die Arbeitervertreter des Zentrums, gegen die Zolltarifnovelle zu stimmen.

Die mit der Zollvorlage zusammenhängenden Zusatzverträge mit Frankreich, der Schweiz und Schweden wurden angenommen. Gegen das schwedische Abkommen wurden von den Bauernparteien, den Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei Bedenken geäußert.

Es wurde eine Entschließung angenommen, die die öffentlichen Körperlichkeiten ermahnt, bei der Vergabe von Aufträgen die deutsche Pfastersteinindustrie zu bevorzugen. Ohne wesentliche Debatte wurden angenommen: ein deutsch-türkisches Abkommen über den Rechtsverkehr in Zivil- und Handelsachen, Ausschussanträge auf Abbau öffentlicher Regiebetriebe, Besserstellung der Reichsbahnbeamten und Abschaffung der Leistungszulage bei der Reichsbahn.

In zweiter und dritter Beratung wurde auch die Vorlage angenommen, die die Aufwertung der Entschädigungen auf Grund der Einführung des Branntweinmonopols regelt.

Auf Antrag des Geschäftsordnungsausschusses wurde gegen den Protest der Nationalsozialisten und Kommunisten die Strafverfolgung der Abg. Buchmann (Komm.) und Stöhr (Nat.Soz.) wegen Beleidigung zugelassen. Dagegen wurde die Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Eugenberg (D. Natl.) wegen des „Rettische“-Artikels verweigert.

Auf der Tagesordnung stand auch die Erhöhung der Tabaksteuer, deren Beratung in einer neuen Sitzung am Freitagabend erfolgte.

Die Regierungsparteien schickten keine Redner zur Sache vor. Es sprachen nur Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei, der Kommunisten, der Wirtschaftspartei und der Christlich-Nationalen Bauernpartei auf der Vorlage.

Reichsfinanzminister Dr. Gilsberding nahm das Wort, um in einer kurzen Erklärung die kommunistischen Beschuldigungen wegen angeblicher Begünstigung von Steuerschiebungen durch die Reichsfinanzverwaltung zurückzuweisen. Der kommunistische Antrag auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in dieser Sache wurde abgelehnt.

Nach Ablehnung aller Änderungsanträge wurde in zweiter Beratung die Vorlage in der Ausschussfassung angenommen.

Nun unterteilt man sich über die Geschäftsfrage. Auf der Tagesordnung der heutigen Samstagssitzung stehen die dritte und zweite Beratung des Sitzungsfondsbeschlusses, die dritte Beratung der Tabaksteuer und der Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung sowie die letzten Bestimmungen zur Zollvorlage. In dieser Samstagssitzung aber kann der Arbeitsstoff des Reichstages noch nicht aufgearbeitet werden, da die Geschäftsordnungsmäßigen Fristen für die dritte Beratung gewahrt werden müssen.

Präsident Lohse schlug vor, am Sonntag eine Sitzung abzuhalten. Dem Einwand, daß dann die auswärtigen wohnenden Anhänger des Volksbegehrens ihr Stimmrecht beim Volkentscheid nicht ausüben könnten, begegnete er mit der Mitteilung, daß auf seine Anregung hin der Innenminister verfügt habe, daß die Reichstagsabgeordneten in einem in der Nähe des Reichstages gelegenen Wahllokal ihre Stimmzettel abgeben können.

Der deutschnationale Abgeordnete Schulz-Bromberg schlug vor, unter diesen Umständen gleich nach Samstagmitternacht die Sonntagssitzung abzuhalten. Dieser Vorschlag wurde auch angenommen.

Der weitere Vorschlag des Redners, man möge dann den Abgeordneten die Möglichkeit geben, gleich am Sonntag früh im Reichstagsgebäude selbst ihre Stimmen zum Volkentscheid abzugeben, weckte große Heiterkeit im ganzen Hause.

Die heutige Samstagssitzung

Auf der Tagesordnung der heutigen Samstagssitzung steht zunächst die erste Beratung des Initiativgesetzes der Regierungsparteien zur außerordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen Dr. Gilsberding eingegangen.

Abg. Dr. Bang (D. Natl.) wirft der Regierung vor, daß sie im Etat 1929 die Einnahmen zu hoch, die Ausgaben zu niedrig angesetzt habe. Unser Mißtrauen gegen Dr. Gilsberding ist so groß, daß das technische Mittel des Mißtrauensvotums zu seinem Ausdruck gar nicht ausreicht. Die Regierung begibt sich jetzt unter die Geschäftsaufsicht des Reichsbankpräsidenten. Im Gegensatz zu früher heißt es jetzt: Erst Reparationen, dann Brot!

Abg. Dr. Brüning (Ztr.) gibt namens der Regierungsparteien die Erklärung ab, daß dadurch noch vor der Vertagung des Reichstages die Voraussetzungen für die Überwindung der Kassenschwierigkeiten geschaffen werden. Die Stellung der Parteien zu dem Finanzprogramm wird dadurch nicht geändert. Die Parteien sind sich bewusst, auf dem hiermit eingeschlagenen Wege gleichzeitig die Fortführung der durch das nationale Interesse gebotenen Außenpolitik zu gewährleisten.

Reichsfinanzminister erklärte, daß der Antrag unter Mitwirkung der Reichsregierung entstanden sei. Sachlich entspreche er dem 14. Punkt des Finanzprogramms. Er nehme einen Teil dieses Programms vorweg, nachdem gegen die Erwartung der Regierung sich herausgestellt hatte, daß das Sofortprogramm zur raschen Beschaffung der nötigen Mittelmittel von 350 Millionen Reichsmark nicht ausreichte (Hör, Hör!). Es ist nunmehr Aufgabe des Reichstages, durch baldige Verabschiedung des Gesetzentwurfes auch den Willen zur Mitwirkung an der raschen Sanierung der Reichsfinanzen zu bezeugen. Es wird jetzt besonders zu prüfen sein, ein wie großer Betrag der zur Tilgung der Reichsschulden im Jahre 1930 erforderlichen 450 Millionen durch Senkung der Ausgaben des Etats gemindert werden kann. Die Finanzlage zwingt zur Sparsamkeit. Der Weg wird beschränkt werden müssen, wenn wir zu einer endgültigen Sanierung der Reichsfinanzen kommen wollen (Beifall bei der Mehrheit). Dr. Sedlitz betrachtet wir nicht als den Messias einer besseren Zeit, sondern als den Volkstäter des unerbittlichen Willens des internationalen Finanzkapitals.

Abg. Dittmann (Soz.) wendet sich gegen die Geschäftsführung durch den Vizepräsidenten Graf-Thüringen.

Dr. Berlin, 21. Dez. (Tel.). Vor der Plenarsitzung traten heute vormittag die Parteiführer zusammen, um noch einmal zur Frage der Futtermittelzölle Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen dauern zur Zeit noch an.

Die Regierungsparteien haben laut „Voss. Zig.“ beschloffen, für die dritte Lesung der Tabaksteuernovelle einen gemeinsamen Antrag einzubringen, nach dem die Steuer für Rauchtabak (Weißentabak) von 35 auf 33 v. H. ermäßigt werden soll.

Mißtrauensantrag gegen den Oberbürgermeister von Hannover. Im Bürgerausschuß von Hannover, in dem die Sozialdemokraten mit 33 gegen 30 Stimmen die absolute Majorität besitzen, fand ein Antrag der Sozialdemokraten Annahme, wonach der gegenwärtige Oberbürgermeister, Dr. Wenge, nicht für die geeignete Persönlichkeit zur Leitung der Stadt gehalten wird und er aufgefördert wird, sein Amt niederzulegen. Die bürgerlichen Parteien verließen geschlossen den Saal.

Der Volksvereinsverlag in Gladbach-Mehmet in Zahlungsschwierigkeiten. Wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, ist die Volksvereinsverlag G. m. b. H., die Druckerei des Volksvereins für das katholische Deutschland in Gladbach und Mehmet, die bereits seit 1928 mit der ungünstigen Wirtschaftslage zu kämpfen hatte, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Gesellschaft strebt ein Vergleichsverfahren an. Der Volksverein als solcher ist durch die Schwierigkeiten des Verlags nicht berührt.

Verlauf von Grundstücken in der Inflationszeit. In letzter Zeit ist die Frage einer gesetzlichen Regelung zugunsten der Inflationskäufer von Grundstücken wiederholt von der Presse erörtert worden. Im Anschluß an diese Presseerörterungen wird aus Berlin mitgeteilt, daß die Reichsregierung nach sorgfältiger Erwägung aller Umstände beschloffen hat, von Maßnahmen in der erwähnten Angelegenheit abzusehen.

Loubet †. Emile Loubet, von 1899 bis 1906 Präsident der französischen Republik, ist, 91 Jahre alt, gestorben.

Das polnische Parlament hat die Zulassung der Minderheitenprache abgelehnt.

Karlsruher Kunstausstellungen

Schülerarbeiten im Kunstverein

Raum ist die Weihnachtsausstellung Karlsruher Künstler beendet, da hat in den Räumen des Kunstvereins die badische Landeskunstschule ihren Einzug gehalten und stellt dort erstmals Schülerarbeiten zur Schau. Das wäre ja nun eine willkommene Gelegenheit, zum Problem der öffentlichen Kunstlehre anzufragen, aber nicht nur weil erst kürzlich Professor Ludwig Harting auch hier* darüber sehr eingehend gesprochen hat, kann eine allgemeine Erörterung unterbleiben, es liegt zugleich im Wesen dieser Ausstellung selbst, daß sie zwar einzelne Merkmale der angewandten Unterrichts-methode sehr markant hervorhebt, auf eine instruktive Veranschaulichung des Lehrganges in ihrer Anordnung jedoch verzichtet.

Insmerhin: Bei unsrer durch gehaltlose Überproduktion und oberflächlichen Modebetrieb beirrten Lage ist es nicht unwichtig, einmal einen, wenn auch fragmentarischen Einblick in die Werkstätten der heranwachsenden Kunstjüngend zu tun und an ihren Arbeiten abzulesen, welche Ausichten sich für die künftige Entwicklung eröffnen. Da ist es nun vor allem erfreulich, gerade nach der stark retrospektiven vorigen Ausstellung einen frischen künstlerischen, wenn schon sachlich-kühlen, doch nie akademisch-trodenen Geist zu entdecken, der zweifellos auch denen, welche den Kunsthochschulen sonst gern jede Existenzberechtigung absprechen, imponieren muß. Schon die Herrichtung und Aufteilung der verfügbaren Räumesucht machen einen angenehmen Eindruck und schaffen für die oft sehr apart ausgestatteten Kleinkabinette einen einheitlich beschaulichen und überraschend behaglichen Rahmen. Der Klasse für Innenarchitektur (Prof. Fieberling) ist mit dieser hübschen Gliederung wirklich etwas gelungen, das die Ausstellung fast zu einem feierlichen Anlaß erhebt und ihr einen verbindlich-repräsentativen gemeinsamen Klang sichert. Im übrigen fällt das stark kunstgewerbliche Gewicht auf. So ist gleich die Vorkasse ganz mit zum Teil wunderbar gewirkten Stoffen, Teppichen und sogar Gobelins aus der Abteilung Wabberger angefüllt. Zum gleichen Gebiet gehören die Scraffito-Abungen oder Cassain-

Studien aus der Klasse desselben Lehrers sowie die dekorative Plastik und Gebrauchskeramik von Schülern Königs. Im Hauptsaal allein begegnet man gewichtigen Malerei und eigentlicher Plastik. Ist zwar auch überall nach Motivwahl sowohl wie Technik sofort die Hand des Lehrers zu erkennen, so entbehrt doch nirgends bei näherer Betrachtung der sauberen Arbeiten der Eindruck einer gefährlichen Abhängigkeit oder gar die Meinung, die Schüler würden zu Sklaven ihrer Lehrmeister erzogen, ob man nun der Reihe nach sich vor Wilbernd der Meisterklassen Dillingen, Goebel, Gauenien, Wabberger und Bühler anschaut oder bei den Plastiken aus Schreybegg's Klasse und bei den besonders charaktervoll und höchst lebendig modellierten Akten, die unter Prof. Woll's Aufsicht entstanden, des längeren verweilt. Weitere Bestände des Raumes gehören der Graphik an. Weil sie in ihrer Gruppierung von der Möglichkeit, wie die Dinge notwendig auseinander abfolgen, richtigen Gebrauch machen, kommt ihnen härter argentierte methodische Bedeutung zu (Radierung Gog, Lithographie Gog und Schweinfurt, Illustration Württemberg). Ähnliches ließe sich vom speziell zeichnerischen Gebiet sagen, dessen Gesamtbild sich durch die Namen der einzelnen Lehrer — Gubisch, Gehri, Dietrich, Scholz — wieder deutlich genug zerlegt. Nicht fehlen in dieser Sammelausstellung des weiteren Typographie (A. W. Engelberg), Architektur (Fieberling), Gebrauchsgraphik (Sannreuburger), Buchbinderei (Schick; spezifisch: Textilkennntnisse vermitteln) jodann die bei Schmitt-Syahn, bei Koberitz und Wolfinger-Kochbach gefertigten Arbeiten, Aufmerksamkeits verdient auch, was an Theatermalerei (Wabberger), an dekorativer Malerei (Stichs) und an Vauplastik (Speck) gezeigt wird. Die Ausstellung hält jedenfalls in all ihren Teilen ein recht beachtliches Niveau und bietet an stofflich und materialgerecht Interessantem weit mehr, als dieser bescheidene Exzerpt in seiner notwendigen Kürze nur annähernd aufzählen konnte.

Ein neues Heim für den Heibelberger Kunstverein. Da die bisherigen Räume des Vereins für eine Kunstausstellung in Heibelberg völlig unzureichend sind, plant der Kunstverein den ersten Stod des ehemaligen Landfriedrich'schen Hauses, Ecke Anlage und Sophienstraße, das jetzt im Besitz der Dedi-Bank ist, zu beziehen. Die Räume werden für die Ausstellung entsprechend umgestaltet.

Stadt. Konzerthaus Karlsruhe

Der arme Reinhold und der König Ruffknacker

Es spricht von vornherein für dieses Karlsruher Ballett von Bernhard Baumgartner und Wilhelm Groß, daß es nach seiner Uraufführung, die knapp vor einem Jahr an der hiesigen Oper, Berlin, stattfand, dort noch viermal wiederholt werden konnte. Es liegt nun großen Teil wohl an der geschickten Stoffwahl; denn Heinrich Hoffmann's Märchenbuch, dem alle Gestalten entnommen, ist bis heute unüberänderlich Lieblingslektüre der Kinder. Leider fehlen aber sie, für die doch in erster Linie auch diese zweite Weihnachtsgabe des Landestheaters gedacht war, fast ganz bei der hiesigen Erstaufführung, und damit die entscheidende Instanz. Ohne die Präsenz des anwesenden großen Publikums zu untergraben, eine gewichtige Chance ward dadurch verpaßt, und wie sehr man sich auch bei dem lustigen Nacheinander der Wildertechnik amüsierte und an dem teilweise recht famosen Getrippel eines gut dressierten Tanzensembles erfreute, der beste Trumpf war eben ausgespielt, noch ehe der fröhliche Alchim überhaupst begann. Auch war die Sache insofern einigermaßen unglücklich plaziert, als sich untre Konzertsaalbesucher nur bedingt für derlei Melodien eignen. Sie erlaubt schon dem rein tänzerischen Teil keine genügende Bewegungsmöglichkeit, und sie kommt ebenso räumlich der jetzigen Fassung des Stückes, einer Verquickung von gesprochenem und gesungenem Wort mitantomime, wenig entgegen. Außerdem fiel erheblich auf, daß die Musik von Wilhelm Groß (sonst wohl sehr leicht und reizvoll, angenehm mit Jazzeffekten und Polka untermischt) infolge der schlechten akustischen Verhältnisse gar zu stark dominierte und dadurch eine betont ernstgemeinte Note hineinbrachte, welche die traumhafte Schwelgerei des Ganzen peinlich verunfalte und die genaue Parallele zwischen oben und unten oft mächtig störte. Daß infolgedessen Joseph Keilberth die an sich harmlosen japanischen Spannungsfaktoren mehr als nötig musikalisch umzuapragen schien, daß er sich verführen ließ, aus einer hübschen Begleitmusik zuweilen eine aufdringlich künstlerische Hauptsache zu machen, wer wollte es ihm verwehren? Freilich stand nun solch verunfaltetem Selbstgefühl besonders in dem armen Reinhold eine Gestalt gegenüber, die sich ab-

* Vgl. Beilage „Wissenschaft und Bildung“ Nr. 50.